

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Stadt Weimar ist und bleibt insbesondere für Menschen in Not und Menschen auf der Flucht sowohl aus ihrer historischen Verantwortung heraus, aber auch aus Gründen der Menschlichkeit ein sicherer Ort und ein sicherer Hafen. Die Stadt Weimar unterstützt deshalb die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen!“.
2. Die Stadt Weimar erklärt sich dazu bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, die aus Seenot gerettet wurden, oder die über andere Aufnahmeverfahren, zum Beispiel humanitäre Aufnahmeprogramme des Bundes oder das EU-Resettlement-Programm, nach Deutschland gelangen, und teilt dies den zuständigen Behörden mit.
3. Die Stadt Weimar erklärt sich grundsätzlich bereit, auch über den Thüringer Verteilungsschlüssel hinaus Menschen als Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen Schutz vor Krieg, Gewalt und Vertreibung zu bieten, soweit die Kosten von der Europäischen Union, vom Bund und/oder vom Freistaat Thüringen in Anwendung des Art. 93 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Verfassung übernommen werden.
4. Die Aufgaben der Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen sind Aufgaben des übertragenen staatlichen Wirkungskreises im Sinne des Artikel 91 Absatz 3 Thüringer Verfassung. Der Oberbürgermeister berichtet dem Stadtrat halbjährlich über die Umsetzung der Erklärung nach Ziffer 3 bzw. erläutert die Gründe, falls eine Aufnahme von Flüchtlingen über den Verteilungsschlüssel hinaus nicht oder nicht in vollem Umfang entsprochen werden konnte.
5. Der Stadtrat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen sowie für die Rettung im Mittelmeer einzusetzen.
6. Die Stadt Weimar unterstützt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 28. Juni 2018 zu Migration und notwendigen Maßnahmen entlang der Mittelmeerroute.
7. Die Aufgaben der Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen ist nur mit Hilfe des großen ehrenamtlichen Engagements der Weimarer Vereine, Initiativen und der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Weimar möglich. Die Stadtverwaltung und der Stadtrat sprechen diesem Engagement großen Dank aus. Dieser Dank wird zugleich mit der

Erwartung und der Bitte verknüpft, dieses Engagement auch bei der Umsetzung dieser zusätzlichen freiwilligen Aufgabe aufrechtzuerhalten.

8. Der Oberbürgermeister erklärt sich bereit, im Laufe des Jahres 2020 ein städtisches Integrationskonzept dem Stadtrat vorzulegen.

Begründung:

Schon seit Jahren fliehen Menschen aus den Krisenregionen der Welt über das Mittelmeer nach Europa – mit verheerenden Auswirkungen: Im Jahr 2016 ertranken über 5.000 Menschen im Mittelmeer. 2017 starben oder verschwanden laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) mehr als 3.100 Geflüchtete. Und in 2018 waren mehr als 2.300 Tote und Vermisste zu beklagen. 2019 fanden bereits 1.041 Menschen den Tod bei der Flucht über das Mittelmeer. Obwohl die Zahl der Ankünfte über die Mittelmeerroute seit 2016 stark gesunken ist (2016: 373.652 Menschen; 2017: 185.139 Menschen; 2018: 141.472 Menschen; bis Sep 2019: 80.800 Menschen), bleibt der Weg übers Mittelmeer die tödlichste Seeroute der Welt.

Die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Rettungsorganisationen wird vielfach behindert, z.B. in dem deren Boote nicht an Land anlegen dürfen. Organisationen der Seenotrettung werden teilweise kriminalisiert. Die zivilgesellschaftliche Initiative "Seebrücke – Schafft sichere Häfen!" protestiert gegen das Sterben im Mittelmeer. Viele Städte haben sich bereits solidarisiert und an die Bundesregierung appelliert, die humanitären Ziele der zivilen Seenotretter zu unterstützen. Die Bürger und Bürgerinnen von Weimar, Stadtrat und Stadtverwaltung haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie bereit und fähig sind, Migranten aufzunehmen, zu integrieren und beim Ankommen zu unterstützen. Weimar will ein Zeichen der Menschlichkeit setzen, da die Rettung von Menschen in Seenot ein Ausdruck von Menschlichkeit ist. Die symbolische Erklärung der Stadt zum „sicheren Hafen“ signalisiert die Bereitschaft, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen als Unterstützung der gemeinsam in Europa vereinbarten Politik zur Kontrolle der Migration über das Mittelmeer.